

# PLENUM AKTUELL

2. – 4. März 2010

Themen und Positionen

**SPD**-Landtagsfraktion



## ENERGIEPOLITIK

### CDU/FDP:

Eine inhalts- und perspektivlose Rede von Umweltministerin Lautenschläger zur Energiepolitik gab es zu Beginn dieser Plenarwoche. Seit einem Jahr hat die Hess. Landesregierung ein Energiekonzept angekündigt, doch bis heute nichts Konkretes vorgelegt - geschweige denn eingeleitet. Viele Worthülsen sowie eine Aneinanderreihung veralteter Gutachten füllten die Regierungserklärung.

Die Zielbeschreibung, man wolle bis 2020 von jetzt 6 % auf 20% erneuerbarer Energien kommen, erfolgte ohne konkrete Maßnahmenbeschreibungen. Darüber hinaus will Frau Lautenschläger selbstverständlich an der Atomkraft festhalten und die Schrottreaktoren Biblis A und B weiter betreiben.

Der kraftlose Auftritt der Umweltministerin machte einmal mehr deutlich, welchen geringen Stellenwert regenerative Energien in der Hess. Landesregierung genießen. Nach wie vor bekämpft die CDU die Windkraft und ignoriert ihre Effizienz. Fehlende Aussagen zu Sicherheitsrisiken bei den Atomkraftwerken und zu den Problemen der Endlagerung vervollständigen das Bild einer „energielosen“ Landesregierung.

### SPD:

Die Hessen SPD hat ein umfassendes Energiekonzept vorgelegt!

Klimaschutz ist für uns eines der drängendsten Zukunftsthemen, bei dem schneller gehandelt werden muss, als es die Hess. Landesregierung tut. Die Untätigkeit in Hessen und die Verweigerungshaltung auf der Bundesebene zeigen eine nicht hinnehmbare Verantwortungslosigkeit gegenüber nachfolgenden Generationen.

Hessen rangierten beim Ausbau regenerativer Energien auf dem vorletzten Platz (!) aller Bundesländer – nur das Saarland steht noch hinter uns – ein Armutszeugnis!

Die SPD hält am Ausstieg aus der Atomkraft fest, wehrt sich gegen die Laufzeitverlängerung und setzt auf den Ausbau erneuerbarer Energien. „Unsere Zukunft liegt bei Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme“!

Über 300.000 Arbeitsplätze sind durch das vor 10 Jahren von der SPD in Kraft gesetzte Erneuerbare-Energien-Gesetz geschaffen worden (im Kernkraftsektor arbeiten lediglich 30.000 Personen). Die Abkehr von der Atomkraft bringt nicht nur Sicherheit für die Menschen, sondern auch zahlreiche innovative Arbeitsplätze im Bereich erneuerbarer Energien.

Für uns ist das Festhalten an der Atomkraft mit Blick auf den hochgiftigen Atommüll und die ungelöste Frage der Endlagerung unverantwortlich.

Unser Dreiklang heißt Energieeinsparung, Energieeffizienz und Ausbau erneuerbarer Energien.

Es geht darum, nahezu vollständig auf regenerative Energien umzustellen, es geht um eine bessere und sichere Technologie als die Kernkraft.

Bei Verlängerung der Laufzeiten der Atommeiler würden Investitionen in erneuerbare Energien gekürzt oder gar gestoppt, und es käme zu einem unverantwortlichen Stillstand im Bereich neuer Technologien.

## „Neue Schulpolitik“

Als „Bankrotterklärung für die Kultusministerin“ haben die Oppositionsparteien im Hess. Landtag das Konzept für eine „neue“ Mittelstufenschule bezeichnet. Es ist enttäuschend, dass weiterhin versucht wird, an der Hauptschule in dieser Form festzuhalten, obwohl die Anmeldezahlen kaum noch 3 % betragen. 11 Bundesländer haben die Hauptschule bereits abgeschafft. Der von CDU und FDP eingeschlagene Weg, Haupt- und Realschüler von Klasse 5 bis 7 (teilweise) gemeinsam zu unterrichten, verschiebt „das Problem“ lediglich um zwei Jahre. Denn nun folgt zur 8. Klasse die wiederum hochproblematische Trennung in die herkömmlichen Bildungsgänge. Darüber hinaus steht dieser Weg nur den Haupt- und Realschu-

len (58 verbundene H+R-Schulen in Hessen) offen, nicht den Gesamtschulen!  
 Das Konzept der Kultusministerin ist halbherzig und bietet keine Antworten auf die tiefe Krise der Hauptschulen und vor allem keine auf die Schwierigkeiten der Hauptschüler!  
 Wir als SPD treten nach wie vor für längeres gemeinsames Lernen in der Sekundarstufe I ein, um den Bildungsweg der Kinder so lange wie möglich offen zu lassen.

### Fehlender Realschulabschluss nach Mittelstufe

#### CDU/FDP:

Das Kultusministerium gewährt G-8-Schülern, die nach der Sekundarstufe I, d.h. nach Klasse neun der verkürzten Mittelstufe die Schule verlassen, nur den Hauptschulabschluss! Obwohl diese Schüler nach der Lesart des Ministeriums das gleiche Wissen haben wie Realschüler ohne Verkürzung der Mittelstufe, erhalten sie keinen adäquaten Abschluss. Die Landesregierung hat es nach der Einführung von G 8 versäumt, für diese Schüler eine Lösung zu finden und ihnen den verdienten Realschulabschluss zu ermöglichen.

#### SPD:

Die SPD hat von Anfang an die Verkürzung des Abiturs (G8) kritisiert und mit dem fehlenden Realschulabschluss für G 8-Kinder nach der Mittelstufe wird ein weiterer fataler Fehler dieser Reform sichtbar. Auf der einen Seite wird der Lehrstoff in der Sekundarstufe I so zusammengeballt, dass 1 Schuljahr eingespart wird, auf der anderen Seite billigt man diesen Kindern nicht zu, damit den Realschulabschluss erlangt zu haben. Dies ist ein Widerspruch, der dringend vom Kultusministerium aufgelöst werden muss und nicht zu Lasten der Kinder ausgetragen werden darf. Ohne Not hat die CDU-Landesregierung seinerzeit ein durchlässiges und bewährtes Bildungssystem kaputtreformiert. Die SPD hat schon immer gefordert, die Gymnasialzeit durch Stoffverdichtung in der Oberstufe zu verkürzen. Hätte man über diese Vorschläge ernsthaft nachgedacht, würde die Mittelstufe noch immer nach der 10. Klasse enden und es gäbe nach wie vor für alle abgehenden Schüler nach der Mittelstufe den Realschulabschluss.

### Steuerhinterzieher

#### CDU/FDP:

Bundesweit widersprüchliche Aussagen von führenden Politikern der CDU und FDP zum Umgang mit Daten über Steuerhinterzieher. MP Rüttgers und Bundeskanzlerin Merkel befürworten den Kauf von Daten über Steuersünder, die FDP lehnt dies ab. Auch im Hessischen Landtag gab es widersprüchliche Aussagen der Minister Weimar, Bouffier und Hahn - Koch schweigt!

#### SPD:

Wir fordern, dass Steuerhinterzieher überführt werden müssen und eine gerechte Strafe erhalten. Das gilt auch für die mittlerweile 800 Selbstanzeigen in Hessen. Die Datenträger mit möglichen Steuersündern müssen grundsätzlich gekauft werden. Dies ist für uns kein „illegales“ Handeln, sondern unbedingte Notwendigkeit, um Steuerhinterzieher zu überführen und dem Fiskus nicht weiter Einnahmen in Milliarden-Höhe vorzuenthalten. Steuerbetrüger muss das Handwerk gelegt und ein Riegel vor künftige Taten geschoben werden. Die SPD wird keinen Steuerbetrug schützen, diese kriminelle Energie muss bestraft und künftig unterbunden werden. Daher ist der Datenkauf dringend erforderlich!

### Wolski – Affäre

#### CDU/FDP:

Die Landesregierung hält fest an Karin Wolski als Richterin am Staatsgerichtshof, obwohl sie immer tiefer mit in den Steuersumpf ihres Ehemanns gerät. Ihr Verhalten ist einer Richterin nicht würdig.

#### SPD:

Wir sorgen uns um das Ansehen des Staatsgerichtshofs und fordern Frau Wolski zum Rücktritt auf. Auch sie gab jahrelang keine Steuererklärungen ab, hat gleich 6 Autos unter einer Scheinadresse angemeldet, die wie weitere Immobilien von einer reichen Gönnerin finanziert wurden. Aber all das reicht dem Staatsanwalt nicht für eine Anklage!?!? - und der CDU nicht für einen Rückzug!

#### Hinweis:

**Nichts Neues in Sachen Personalkostenübernahme in den Kindergärten:**  
 siehe letztes „Plenum Aktuell vom 26.-28. Januar 2010“